

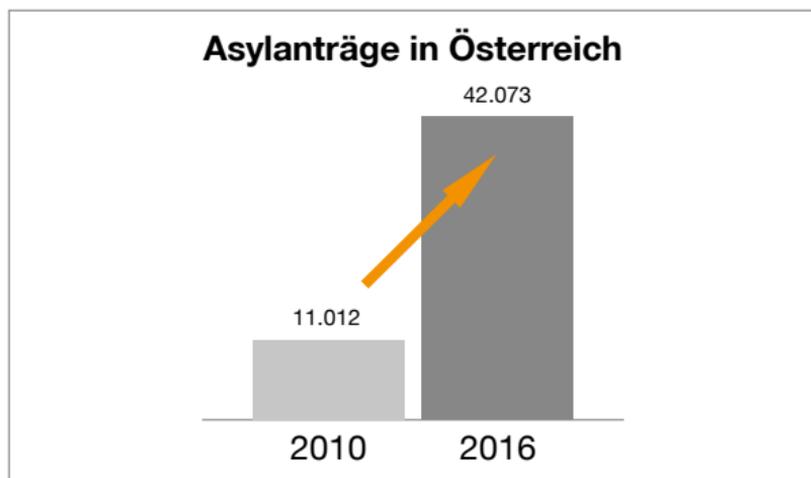
Wahrheiten beim Namen nennen – Probleme anpacken: Unkontrollierte Migration.

In der Vergangenheit sind wir in Österreich des Öfteren falsch abgebogen. Unser Land hat aber jede Chance, es wieder zurück an die Spitze zu schaffen. Dafür ist es entscheidend zu wissen, wo wir wirklich stehen, Probleme nicht länger schön zu reden und Wahrheiten klar auszusprechen. Das ist die Basis für Veränderung.

Viele behaupten: „Die Migrationskrise ist gelöst.“

Die Wahrheit ist: Die Flüchtlingskrise ist nicht vorbei, nur weil der ORF die Bilder nicht mehr zeigt. Es kommen immer noch viel zu viele Menschen illegal nach Europa und speziell nach Österreich.

Heute wird oft von einem dramatischen Rückgang bei den Asylzahlen geschrieben, obwohl es 2016 fast vier Mal so viele Anträge gab wie 2010.



Kontinuierlich und seit vielen Jahren nimmt Österreich jedes Jahr mehr Asylwerber auf als die meisten anderen europäischen Staaten: 2016 hat Österreich fast so viele Asylanträge angenommen wie 16 andere EU-Staaten gemeinsam.

Wir helfen nicht den Schwächsten und Bedürftigsten, sondern denen, die es nach Europa schaffen. Es gilt das Recht des Stärkeren, Migration wird durch organisierte Kriminalität (Schlepperbanden) gesteuert.

Neuer Weg für Österreich.

Um für Österreich neue Chancen zu eröffnen, brauchen wir den Blick für die Herausforderungen unserer Zeit. Das bedeutet auch, dass wir uns vom alten System verabschieden und Politik anders machen müssen. Wir haben klare Vorstellungen, wohin sich Österreich entwickeln soll:

Migrationsströme stoppen und Hilfe vor Ort ausbauen

Bislang haben wir illegale Migration durch zahlreiche sichere Länder geduldet. Damit fördern wir die Schlepperkriminalität und versorgen jene, die stark genug sind und ausreichend Geldmittel zur Verfügung haben, um sich bis Mitteleuropa durchzuschlagen.

Dabei geben wir den Großteil der Mittel in Europa aus, statt die Hilfe vor Ort auszubauen. Momentan geben entwickelte Staaten 75 Milliarden Euro weltweit für Flüchtlinge aus – davon kommen aber nicht einmal 5 Milliarden Euro in den Entwicklungsländern an. Der Rest wird für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in entwickelten Regionen benötigt.

Zuwanderung ins Sozialsystem

Die Migrationskrise seit 2015 zeigt, dass Menschen durch sichere Staaten wandern – nicht mehr auf der Suche nach Schutz, sondern nach dem besseren Leben in Mitteleuropa.

Das schlägt sich in Österreich vor allem im Bereich der Mindestsicherung nieder: In Wien leben 20% der österreichischen Bevölkerung, aber 56% der Mindestsicherungsbezieher. Davon sind bereits rund 50% ausländische Staatsbürger.

Politischen Islamismus bekämpfen

Die europäischen Grundwerte und unsere staatliche Rechtsordnung müssen Fundament für das Zusammenleben bei uns in Österreich sein. Der politische Islamismus ist eine Ideologie, die wir nicht tolerieren.